

Die Ruhe vor dem nächsten Sturm

Corona stoppt Protestwelle in Chile – Aktivistin sieht dennoch Erfolge

VON FLORIAN QUANZ

Santiago – Dort, wo vor einigen Wochen noch Zehntausende demonstrierten, ist keine Menschenseele mehr zu sehen. Chile hat wegen des Coronavirus den Ausnahmezustand verhängt und so zugleich die Protestwelle gestoppt. Große Menschenansammlungen sind nicht mehr gestattet. Wer glaubt, dass die Protestler nun frustriert sind, sieht sich jedoch getäuscht. Das zeigt exemplarisch das Beispiel der jungen Chilenin Violeta Arvin Casoni aus der Hauptstadt Santiago.

Kaum steht der Whatsapp-Videoanruf, überschlagen sich ihre Worte. Bei der Frage, was in der chilenischen Gesellschaft im Argen liegt, weiß die 33-Jährige gar nicht, wo sie anfangen soll. Es mangle an bezahlbarem Wohnraum, das Gesundheitswesen sei eine Zwei-Klassen-Gesellschaft und von einem wirksamen Umweltschutz könne keine Rede sein. Casoni redet so schnell, dass klar wird: Ihr Unmut hat sich nicht gelegt. In ihr lodert noch immer sprichwörtlich ein Feuer, was sie wieder auf die Straße treiben wird, sobald sie dahin darf.

Casoni fordert neue Verfassung

„Ungleichheit und soziale Ausgrenzung in Chile haben ihren Ursprung in der Verfassung von 1980“, erklärt die Soziologin. Die sei ein Erbe der Pinochet-Diktatur und gehöre ersetzt. In Chile regierte von 1973 bis 1990 eine Militärjunta mit General Augusto Pinochet an der Spitze.

„Wir brauchen eine neue Verfassung“, sagt Casoni. Auch dafür sei sie, oft gemeinsam mit ihrem älteren Bruder Nico, der mit Fotos die Proteste dokumentierte, wochenlang auf die Straße gegangen. Solange, bis die konservative Regierung von Präsident Sebastián Piñera tatsächlich einlenkte und ein Referendum ankündigte.

Eigentlich sollten die Chilenen am vergangenen Sonntag entscheiden, ob sie die Ausarbeitung einer neuen



Heute wie ausgestorben: Am Baquedano-Platz im Zentrum Santiagos begannen die Proteste.

FOTO: CLAUDIO REYES/AFP



Violeta Arvin Casoni
Aktivistin

Verfassung wünschen. Doch dazu kam es nicht. Die geplante Abstimmung genauso wie Kommunal- und Bürgermeisterwahlen wurden auf den 25. Oktober verschoben.

Nicht wenige Chilenen fürchten, dass die Regierung Corona nutzen könnte, um die Abstimmung über die Verfassung in aller Stille ganz zu begraben. Doch daran verschenkt Violeta Casoni gar keinen Gedanken. „Die Protestwelle war so groß, dass es kein Zurück mehr gibt. Das ist schon jetzt unser Erfolg.“

Casoni gehört zu jener Generation von Chilenen, die gelernt hat, dass nur Massenprotest auf der Straße wirklich politisch etwas bewegen kann. Als 2011 die Stunden unter der Anführerschaft der charismatischen Camila Vallejo den Aufstand proben, um für ein bezahlbares Studium zu kämpfen, führte die Piñera-Regierung wenig



Ein Foto ihres Bruders: Protestierende standen Polizisten gegenüber.

FOTO: NICO CASONI/INH

später ein Stipendium-System ein. Es ermöglicht armen Chilenen eine kostenlose Universitätsausbildung. Junge Chilenen haben so erfahren, welche Macht sich durch Protest entfalten kann.

Die durch Corona zum Erliegen gekommene Protestwelle, die im Oktober 2019 startete, ist von einem entscheidenden Unterschied gekennzeichnet. „Es gibt keine Führungspersönlichkeit bei den Protesten“, sagt Casoni. Sie sieht dies als Stärke. „Das in der Bürgerschaft schlummernde Zusammengehörigkeitsgefühl hat die Menschen

auf die Straße getrieben.“ Der Protest vereine mehr Teile der Gesellschaft als je zuvor.

Ausgelöst wurde der Unmut in Chile durch die Fahrpreiserhöhung der Metro. Zuerst waren es Schüler der Sekundarstufe Zwei, die es auf die Straße trieb. Es folgten Studenten und dann Arbeiter. „Wir stehen einer politischen Elite mit wenig demokratischem Sinn gegenüber, die sich nur für ihre eigenen Interessen einsetzt und sich an Privilegien klammert“, so Casoni. Die Befürchtung sei, bald könne weit mehr als das Fahren mit der Metro zu ei-

nem Privileg werden, was sich nicht mehr leisten könne. Hauptverantwortlich für diese Politik sei Präsident Sebastián Piñera. Jener Unternehmer, Fernsehsender-Besitzer und Milliardär, den die Frankfurter Allgemeine Zeitung einst als den Berlusconi Chiles bezeichnete.

Violeta Casoni glaubt nicht, dass dessen Regierung die Coronakrise überstehen wird. Blickt sie aus dem Fenster ihrer Wohnung in Richtung der Metrostation Bellas Artes im Zentrum Santiagos, sieht sie noch immer Protesttransparenzen an den Häusern hängen. „Viele Chilenen haben derzeit keine Arbeit, die soziale Ungleichheit verschärft sich weiter“, berichtet Casoni. Die Regierung tue zu wenig dagegen. „Schon vor der Krise verdienten 70 Prozent im Land weniger als 640 Dollar im Monat.“

Es erscheint Paradox, wenn eine Soziologin, die für Projekte des Bildungsministeriums und somit für die Regierung arbeitet, gegen deren Politik wettet. Doch für Violeta Arvin Casoni ist es Ausdruck von Solidarität, mit all jenen, die aufgrund von finanziellen Sorgen um ihren Platz in der Gesellschaft Chiles fürchten.

FOTO: CASONI/INH

KOPF DES TAGES



Claus Ruhe Madsen (47),
Oberbürgermeister von
Rostock.

Rostock OB nutzt Massentests gegen Corona

Was Rostocks Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen am Donnerstag verkünden konnte, wünschen sich wohl die meisten seiner Amtskollegen bislang verblich. Die Stadt an der Ostsee war an jenem Tag coronafrei. Insgesamt hatte es in den Wochen davor 75 Fälle gegeben.

Bisher hatte der 47-jährige Mann mit dem Rauschbart eher Schlagzeilen gemacht, weil er 2019 als Däne für das Oberbürgermeisteramt der 210 000 Einwohner-Hansestadt kandidiert und die Stichwahl auch noch gewonnen hatte. Wie durchsetzungstark der Möbelunternehmer ist, bewies er jetzt erneut: Der OB hatte nicht nur frühzeitig seine Verwaltung ins Homeoffice geschickt, sondern auch mit umfangreichen Tests von Feuerwehrleuten, Ärzten, Krankenschwestern und Pflegepersonal begonnen.

7500 Getestete gibt es inzwischen, vermeldet die FAZ. Die Tests stellt auf Anfrage Madsens ein heimisches Biotechnologie-Unternehmen zur Verfügung. Der gebürtige Kopenhagener hatte schon in der ersten Märzhälfte schnelle Schulschließungen und Konzertabsagen veranlasst.

Doch es gibt auch Kritik an dem forschen Unternehmer. Denn zunächst sollten auf Empfehlung des RKI nur Menschen mit Symptomen getestet werden und solche, die mit Infizierten Kontakt hatten. Kritiker werfen dem börsennotierten Biotech-Unternehmen prompt Geschäftemacherei vor, auch der Datenschutz wurde bereits vorstellig.

Madsen, verheiratet und Vater eines Kindes, gibt keineswegs Entwarnung. Natürlich könne es auch in Rostock neue Fälle geben. Aber bislang war sein Konzept erfolgreich.

PETRA WETTLAUER-POHL
FOTO: DANNY GOHLKE/DPA

ZITAT DES TAGES

„Unter Umständen kann auch über ein vorübergehendes Ausschankverbot für hochprozentigen Alkohol nachgedacht werden.“

Wolfgang Steiger,
Generalsekretär des
Wirtschaftsrats der CDU, über
eine Wiedereröffnung der
Gastronomie nach Corona

Balkonien statt Karibik

Beauftragter rät zu Urlaub in der Heimat

Berlin – In der Coronakrise hält der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, Thomas Bareiß, Sommerurlaub in Deutschland für möglich – aber keine großen Fernreisen. Er sprach sich allerdings für vorsichtige Lockerungen bei der weltweit geltenden Reisewarnung aus.

„Fernreisen werden in diesem Jahr eher ausfallen. Es steht für viele Heimaturlaub auf dem Programm. Ich gehe davon aus, dass das möglich sein wird, hoffentlich auch schon im Sommer“, sagte der CDU-Politiker. Dazu brauche es klare Sicherheitskriterien. Deutschland sei groß und habe schöne Ziele. Handtuch an Handtuch am Nordseestrand werde es aber nicht geben.

Außenminister Heiko Maas (SPD) warnte in der „Bild am

Sonntag“ vor einem „europäischen Wettlauf darum, wer touristische Reisen zuerst wieder zulässt“. Das führe zu unvermeidbaren Risiken. Europa brauche gemeinsame und verantwortungsvolle Kriterien für einen Weg zurück zur Reisefreiheit. Die Reisewarnung gilt noch bis 3. Mai. Ende April soll entschieden werden, wie es weitergeht. Laut Bareiß müsse man davon ausgehen, dass auch nach einer Lockerung die Reisebranche leiden wird.

FDP-Fraktionsvize Michael Theurer forderte Klarheit von der Bundesregierung über die Sommerferien und die Frage, unter welchen Bedingungen Sommerurlaub möglich sei. Kanzlerin müsse sich mit den Ministerpräsidenten am Donnerstag einigen. dpa

Zschäpes Beitrag „wesentlich“

Revision: Bundesgerichtshof muss NSU-Urteil prüfen

München – Das Oberlandesgericht München hat in seinem schriftlichen Urteil im NSU-Prozess die Verurteilung der Rechtsterroristin Beate Zschäpe wegen zehnfachen Mordes untermauert. Der Tatbeitrag Zschäpes sei „objektiv wesentlich“ gewesen, heißt es in der Urteilsbegründung. Weil mehrere Prozessbeteiligte Revision eingelegt haben, muss der BGH das Urteil überprüfen.

Zschäpe war am Ende des mehr als fünfjährigen Verfahrens um die Morde und Anschläge des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ am 11. Juli 2018 zu lebenslanger Haft verurteilt worden, auch wenn es keinen Beweis gibt, dass sie selbst an einem der Taten war. Sie lebte aber fast 14 Jahre lang mit ihren Freunden Uwe Mundlos

und Uwe Böhnhardt im Untergrund.

In der Urteilsbegründung argumentiert das Gericht, Zschäpe habe mit den beiden Männern die Tatorte ausgewählt und Einfluss auf Zeitpunkt und Art und Weise der Taten gehabt. Tatbeitrag Zschäpes sollte sein, die Abwesenheit der beiden aus der gemeinsamen Wohnung zu verschleiern und den Männern damit „eine sichere Rückzugsmöglichkeit zu schaffen“. Zschäpe sollte sich während der Taten in oder nahe der Wohnung aufhalten, um im Falle des Todes ihrer Freunde das Bekennervideo verschicken und Beweismittel vernichten zu können.

Diese „Abwesenheit vom Tatort im engeren Sinne“ sei also „geradezu Bedingung“ für die Begehung der jewei-

gen Taten gewesen. Nur durch die „örtliche Aufteilung“ sei auch gesichert gewesen, dass der „ideologische Zweck der Gewalttaten“ letztlich erreicht werden würde. Tatsächlich wurde die rassistische Motivation der Mordserie erst durch das Bekennervideo öffentlich.

Zschäpe und der NSU waren laut schriftlichem Urteil geleitet von einer „ausländerfeindlichen, antisemitischen und staatsfeindlichen Ideologie“. Und weiter: „Die Taten waren als Serientaten der nationalsozialistischen Terrorgruppe NSU konzipiert.“

Das Gericht hatte seine mehr als 3000 Seiten umfassende schriftliche Urteilsbegründung am vergangenen Dienstag abgegeben, fast zwei Jahre nach dem Urteil.

dpa